

I. Anmeldung

TOP: _____

Ausschuss für Recht, Wirtschaft und Arbeit
Sitzungsdatum 30.11.2016
öffentlich

Betreff:
Videüberwachung im Bereich der VAG

Anlagen:
 - Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 13.04.2016
 - Bericht

Bisherige Beratungsfolge:

Gremium	Sitzungsdatum	Bericht	Abstimmungsergebnis		
			angenommen	abgelehnt	vertagt/verwiesen
		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Sachverhalt (kurz):

In der Sitzung des RWA vom 20.04.2016 wurde die Verwaltung beauftragt, in Abstimmung mit der Polizei und der VAG zu prüfen, ob und mit welchem finanziellen Aufwand die Videoüberwachung insbesondere der VAG optimiert werden kann. Als Folge dieses Auftrags wurde zwischen den beteiligten Stellen vereinbart, dass die Optimierungspotentiale nach einem Stufenkonzept ermittelt und finanziell bewertet werden sollen. Im Bericht werden zunächst die von der Polizei vorgebrachten einzelnen Verbesserungsansätze dargestellt und anschließend unter den Gesichtspunkten der technischen Umsetzung und Finanzierung näher beleuchtet.

Beschluss-/Gutachtenvorschlag:
 entfällt, da Bericht

1. Finanzielle Auswirkungen:

- Noch offen, ob finanzielle Auswirkungen

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

Im Bericht werden mögliche Verbesserungen der Videoüberwachung im Bereich der VAG dargestellt. Sollten sie zur Umsetzung kommen wären entsprechende Mittel erforderlich.

(→ weiter bei 2.)

- Nein (→ weiter bei 2.)

- Ja

Kosten noch nicht bekannt

Kosten bekannt

Gesamtkosten

€

Folgekosten

€ pro Jahr

dauerhaft nur für einen begrenzten Zeitraum

davon investiv

€

davon Sachkosten

€ pro Jahr

davon konsumtiv

€

davon Personalkosten

€ pro Jahr

Stehen Haushaltsmittel/Verpflichtungsermächtigungen ausreichend zur Verfügung?

(mit Ref. II / Stk - entsprechend der vereinbarten Haushaltsregelungen - abgestimmt, ansonsten Ref. II / Stk in Kenntnis gesetzt)

Ja

Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

2a. Auswirkungen auf den Stellenplan:

- Nein (→ weiter bei 3.)

- Ja

Deckung im Rahmen des bestehenden Stellenplans

Auswirkungen auf den Stellenplan im Umfang von Vollkraftstellen (Einbringung und Prüfung im Rahmen des Stellenschaffungsverfahrens)

Siehe gesonderte Darstellung im Sachverhalt

2b. Abstimmung mit OrgA ist erfolgt (Nur bei Auswirkungen auf den Stellenplan auszufüllen)

- Ja
 Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

3. Diversity-Relevanz:

- Nein
 Ja

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

4. Abstimmung mit weiteren Geschäftsbereichen / Dienststellen:

- RA** (verpflichtend bei Satzungen und Verordnungen)
 UB

II. Herrn OBM

III. Ref. VII

Nürnberg,

()